A-2 Für eine offene und solidarische Gesellschaft – Rechtspopulismus entschieden
entgegenzutreten

Antragsteller*in: Tabea Rößner (KV Mainz), Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen), Ronald Maltha (KV Mayen-Koblenz), Ulrich Bock (KV Mayen-Koblenz), Dr. Natalie Wendisch (KV Ahrweiler), Eveline Lemke (KV Ahrweiler), Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich), Daniel Köbler (KV Mainz), Felix Schmidt (KV Zweibrücken), Volker Gallé (KV Alzey-Worms), Ingrid Bäumler (KV Mayen-Koblenz), Siegbert Hardieß (KV Westerwald), Pia Werner (KV Bad Dürkheim), Johannes Reinig (KV Rhein-Pfalz), Andreas Möritz (KV Mainz-Bingen), David Profit (KV Alzey-Worms), Brian Huck (KV Mainz), Herbert Braunbeck (KV Mainz-Bingen), Klaus Becker (KV Alzey-Worms), Irmel Münch-Weinmann (KV Speyer), Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Hans-Uwe Daumann (KV Ludwigshafen), Jens Voll (KV Mainz-Bingen), Petra Spielmann (KV Rhein-Lahn), Sven Dücker (KV Trier), Andrea Müller-Bohn (KV Mainz-Bingen), Ann-Kristin Pfeifer (KV Mainz), Eberhard Wolf (KV Mainz-Bingen), Katrin Eder (KV Mainz), David Tondera (KV Koblenz), Irene Alt (KV Mainz-Bingen)

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

- 1 Die Bundesrepublik Deutschland hat ein Problem und es heißt Rechtspopulismus.
- 2 Gingen vielleicht einige vorher davon aus, das Phänomen sei lediglich in den
- 3 europäischen Nachbarländern zu finden, so müssen viele im Jahr 2016 feststellen,
- 4 dass es auch hierzulande für eine rechte Partei möglich ist, Wahlerfolge zu
- 5 erzielen. Offensichtlich wird dies durch das Erstarken der AfD.

- 6 Wir dürfen nicht darüber hinwegsehen, dass es in Teilen der Bevölkerung Ängste
- 7 und Vorbehalte gegenüber den aktuellen politischen Herausforderungen gibt.
- 8 Parteien, Regierungen und Akteure sind gut beraten, mit diesen Emotionen
- 9 konstruktiv im Sinne des Zusammenhalts unserer Gesellschaft umzugehen. Ängsten
- 10 müssen wir allerdings mit Fakten und Austausch begegnen. Denn: Angst ist der
- 11 perfekte Nährboden für rechtspolitisches Saatgut. Die AfD hat sich dies zu Nutze
- 12 gemacht. Sie ist in zehn Landtagen vertreten und hat sich dort teilweise als
- 13 drittstärkste Kraft etabliert. In Mecklenburg-Vorpommern hat sie sogar mehr
- 14 Stimmen als die CDU bekommen.

- 15 Dies liefert auch den Nährboden für rechte Gewalttaten. Bundesweit, aber auch in
- 16 Rheinland-Pfalz, haben im letzten Jahr die Zahlen rechter Straftaten enorm
- 17 zugenommen. Es ist erschreckend, dass die Zahl der von Rechtsextremen verübten
- 18 Straftaten in Rheinland-Pfalz von 2014 auf 2015 um 180 auf 701 stark gestiegen
- 19 ist. Immer wieder üben Rechtsextreme Straftaten gegen Flüchtlinge und andere
- 20 gesellschaftliche Gruppen. Seit Jahren ist bekannt, dass rechte Ressentiments
- 21 bis hin in die Mitte der Gesellschaft vorhanden sind. Zahlreiche Studien zur
- 22 Entwicklung der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit haben dies belegt.

- 23 Auch hier in Rheinland-Pfalz hat sich das bei der vergangenen Landtagswahl
- 24 gezeigt. 268.628 Wählerinnen und Wähler haben der AfD ihre Zweitstimme gegeben.
- 25 Sie ist nun drittstärkste Kraft im rheinland-pfälzischen Landtag. Ihre Arbeit im
- 26 Landtag zeigt jedoch: Dieser Partei ist es überhaupt nicht daran gelegen, einen
- 27 konstruktiven Beitrag zu leisten. Auch die Faktenlage interessiert sie nicht.

28 Sie konzentriert sich in dieser Frage allein auf das Schüren von Ängsten und
29 Ressentiments. Die AfD greift Stimmungen und Gefühle, die es in der Gesellschaft
30 gibt, auf und stachelt sie an. Das Grundgesetz, das Recht auf Asyl – all das
31 interessiert diese Partei nicht. Viele der Forderungen aus den Reihen der AfD
32 sind mit unseren Grundwerten und auch mit unserem Grundgesetz nur schwer oder
33 nicht vereinbar. Gleichzeitig überschreitet die AfD in ihren Beiträgen
34 regelmäßig die Grenzen demokratischen Diskursverhaltens durch eine Verrohung der
35 Sprache.

36 Das wird nicht nur bei der Flüchtlingspolitik klar, sondern in vielen anderen
37 programmatischen Feldern. Sie will die Lebensverhältnisse jedes und jeder
38 einzelnen reglementieren und die freie Entfaltung des Individuums beschneiden.
39 Für die AfD spielt es eine Rolle, woher Du kommst, welche Religion, welche
40 Hautfarbe, welche sexuelle Orientierung oder Identität du hast und ob du eine
41 Frau oder ein Mann bist. Sie will ein überholtes Familien- und Gesellschaftsbild
42 stärken. Die AfD will Einfluss auf Medien nehmen, obwohl sie gleichzeitig gerade
43 gegen diese agitiert und immer wieder im Diskurs behauptet, die Medien seien vom
44 Staat gesteuert. Die AfD macht daher bewusst Stimmung gegen Journalistinnen und
45 Journalisten. Vor allem der öffentlich-rechtliche Rundfunk, wie ARD und ZDF, ist
46 für die AfD Zielscheibe. Im ganzen Land sammelt sie Unterschriften, duldet
47 Sprechchöre wie „Lügenpresse“ auf ihren Kundgebungen und trägt somit zu einer
48 medienfeindlichen Stimmung im Land bei.

49 Der Umgang mit der AfD stellt nicht nur für uns GRÜNE, sondern auch für die
50 Medien eine besondere Herausforderung dar. Es gilt, sich mit ihrer Programmatik
51 auseinanderzusetzen und ihnen dennoch keine Plattform für ihre Hetze zu geben.
52 Viele Sendungen und Artikel haben sich bei ihrer Berichterstattung sehr auf die
53 Flüchtlingspolitik fokussiert und der AfD dadurch immer wieder eine Bühne
54 geboten. Eine Auseinandersetzung mit der sonstigen Programmatik der AfD wäre
55 wichtig und würde die Geisteshaltung der Partei zeigen. Daher sind die Medien,
56 als vierte Säule unserer Demokratie, ein wichtiger Baustein dabei, sich mit
57 rechtspopulistischen Ideologien und Narrativen auseinander zu setzen.

58 Es sind nämlich nicht nur die zivilisatorischen Errungenschaften, die die Partei
59 angreift. Es sind auch die sozialen. Der Mindestlohn, die Mietpreismbremse, die
60 Erbschaftssteuer – all das will die AfD abschaffen. Außerdem will sie die
61 Arbeitslosenversicherung privatisieren und die Gewerbesteuer, die einen
62 wichtigen Beitrag zur Bewältigung der kommunalen Daseinsvorsorge leistet, ad
63 acta legen. Sie ist nicht die Partei der Mittel- und Geringverdienenden. Im
64 Gegenteil: Ihr Programm stärkt die Starken in unserer Gesellschaft und schwächt
65 die Schwachen.

66 Trotzdem wird die Partei von allen Gesellschafts- und Bildungsschichten gewählt.
67 Es wäre falsch, all ihren Wählerinnen und Wählern unter den rechten
68 Generalverdacht zu stellen. Jedem, der bei den vergangenen Wahlen der AfD seine
69 oder ihre Stimme gab, muss aber bewusst sein: Er oder sie hat eine Partei
70 gewählt, die unser demokratisches System und unsere freiheitlichen Grundwerte in
71 ihren Grundzügen angreift.

72 Letztlich geht die Entstehung der AfD auch auf den Unmut vieler mit den
73 bestehenden Parteien zurück. Selbstkritisch müssen wir uns alle die Frage
74 stellen, ob wir in der Vergangenheit Menschenrechte, Rechtsstaat,
75 Gleichberechtigung, Pluralismus gut genug erklärt haben. Politik verfällt oft

76 ins Dozieren, wo eigentlich Argumente entlang menschlicher Erfahrungen gefragt
77 wären. Wir verweisen gerne auf das Grundgesetz, aber die Botschaft, warum es gut
78 ist, wenn wir den dort niedergelegten Prinzipien folgen, kommt oft zu kurz. Die
79 Flüchtlinge fliehen aus ihren Ländern, eben weil sie Frieden, Freiheit und
80 Demokratie für sich und ihre Familien suchen. Als überzeugte Demokratinnen und
81 Demokratien müssen wir stets dafür kämpfen, dass sie diese Werte in Deutschland
82 und Europa auch so vorfinden.

83 Aber anstatt sich an vorderster Front vor Grundgesetz und Demokratie zu stellen,
84 greifen vor allem CSU und CDU unsere Grundwerte von rechts an, und droht dabei
85 die AfD noch zu überholen in ihren rechtspopulistischen Forderungen. Dass das
86 nicht zum gewünschten Effekt führt, haben die vergangenen Wahlen gezeigt. Die
87 SPD ist sich ebenso nicht im Klaren, wie sie mit der AfD umgehen soll. Der
88 Parteichef und Vizekanzler Sigmar Gabriel fordert einmal Obergrenzen für
89 Flüchtlinge, dann wiederrum attackiert er Seehofer für seine rechten Thesen. Und
90 auch bei der Partei die Linke führt das Erstarken der Rechtspopulisten zu
91 Äußerungen, die am rechten Rand anzusiedeln sind.

92 Ängsten und Ressentiments in der Bevölkerung müssen wir GRÜNEN mit Informationen
93 und Dialog begegnen. Damit heben wir GRÜNE uns von anderen Parteien ab, die der
94 AfD hinterher rennen, indem sie Menschen mit Ängsten und Vorurteilen nach dem
95 Mund reden. Wir GRÜNE wollen eine offene und solidarische Gesellschaft. Wir
96 haben den klaren Gegenentwurf zu den Rechtspopulisten und bieten damit eine
97 echte Alternative zur selbsternannten Alternative für Deutschland. Wir setzen
98 uns für eine Gesellschaft ein, die auf die Freiheit des Individuums setzt und
99 auf Solidarität für diejenigen, die Unterstützung bedürfen. Es waren die neuen
100 sozialen Bewegungen und die GRÜNEN, die in den Jahren nach 1968 für viele
101 Freiheiten erfolgreich gestritten haben und auch weiter streiten werden:
102 Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
103 Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung, Integration von Menschen mit
104 Migrationshintergrund, gleiche Rechte für Schwule und Lesben, Eintreten für
105 gesellschaftliche Minderheiten.

106 Ohne Gerechtigkeit bleibt Freiheit jedoch ein leeres Versprechen. Nur wer
107 Chancen und Teilhabemöglichkeiten in unserer Gesellschaft hat, kann sich frei
108 entfalten. Freiheit, Chancen und Teilhabe für alle in unserer Gesellschaft
109 kommen nicht von allein. Es ist Aufgabe von Politik, sie zu schaffen.
110 Solidarität betont damit auch die Verantwortung des Einzelnen gegenüber anderen.

111 Nur wenn wir es schaffen, diese Werte wieder ins Bewusstsein der Gesellschaft zu
112 rücken, wenn wir vermitteln können, welchen Wert eine solidarische und offene
113 Gesellschaft darstellt, können wir den kruden Thesen der Rechtspopulisten
114 entschieden entgegengetreten.

115 Für diese Werte werden wir in den kommenden Monaten vor der Bundestagswahl 2017
116 verstärkt werben. Wir scheuen nicht die Auseinandersetzung mit den
117 Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten dieses Landes und wollen den
118 öffentlichen Diskurs mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Vereinen,
119 Verbänden voranbringen. Es geht nämlich um ganz Essentielles: um unsere
120 Demokratie und unsere gemeinsame Werteordnung.

Begründung

erfolgt mündlich.